



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Kreistagswahlprogramm für den Landkreis Freising

Wahlperiode 2008 bis 2014

Herausgeber:

Kreisverband Freising *BÜNDNIS 90* / DIE GRÜNEN

c/o Dr. Jürgen Maguhn
Obere Hauptstraße 49
85354 Freising

Stand 14.01.2008

Inhaltsübersicht	Seite
Präambel	2
Flughafen	3
Verkehr	5
Energie	6
Abfallwirtschaft	7
Ernährung – Verbraucherschutz – Landwirtschaft	8
Bildungschancen für jedes Kind	9
BürgerInnenmitbestimmung	11
Armut wirksam bekämpfen	12
Selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter	13
Frauen	14
Gender Mainstreaming	15
Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene	16
Miteinander leben – voneinander lernen	18
Mehr Geld für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit: effektiver Einsatz der Mittel	19

Präambel

Wir GRÜNE haben in der laufenden Wahlperiode als konsequente und konstruktive Kraft im Kreistag für die Bürgerinnen und Bürger hart gearbeitet. Wir haben damit einiges erreicht und immer wieder die offensichtlichen Schwachstellen der Politik aufgezeigt.

Wir GRÜNE waren Motor und Ideengeber. An zahlreichen Stellen haben wir Verbesserungs- und Alternativvorschläge gemacht – und wir wollen noch mehr erreichen.

Wieder stehen wir vor einer wichtigen Kommunalwahl. In der kommenden Wahlperiode wollen wir im Landkreis noch mehr GRÜNES Denken und Handeln sowie GRÜNE Konzepte verwirklichen.

Unser Bestreben ist es, Politik begreifbar und konkret zu machen. Wir wollen die Mehrheit für

- mehr Klimaschutz
- mehr Nachhaltigkeit
- mehr soziale Gerechtigkeit
- mehr moderne Bildungspolitik für alle,

mit anderen Worten: eine GRÜNE Zukunft in unserem Landkreis!

Wir wollen einen Landkreis, in dem sich jede und jeder wohl und daheim fühlt. Deshalb auch unser klares Nein zur 3. Startbahn. Unsere Heimat darf nicht AIR-sticken am AIRfolg!

Flughafen

Ende Juli 2005 hat die von der CSU dominierte Flughafen München GmbH (FMG) den Antrag zur Errichtung einer 3. Start- und Landebahn im Erdinger Moos gestellt. Seit Juli 2007 fordert die Lufthansa vehement die Errichtung eines dritten Terminals. Zudem sollen das Terminal 1 und der Zentralbereich des Flughafens in ein riesiges Einkaufszentrum umgewandelt werden. Der Flughafen im Erdinger Moos würde durch diesen Ausbau zum größten Flughafen in Europa. Bereits in den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Passagiere verdoppelt und die Anzahl der Flugbewegungen stieg um 75 %.

Ermöglicht wird das Wachstum durch gigantische Subventionen und die Bereitschaft, offensichtlich jeden Wunsch der FMG mit öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Die Fluggesellschaften wurden bis Ende 2006 von der FMG mit einem Zuschuss von 14 € pro 1000 Liter Kerosin im Langstreckenverkehr geködert. Seither wird die Subventionierung fortgesetzt, ihre genaue Höhe wird allerdings geheim gehalten. Damit wurde Langstreckenverkehr bei anderen Flughäfen abgeworben und ins Erdinger Moos gelockt – das Wachstum ist also künstlich erzeugt.

Die drei Flughafengesellschafter haben der FMG ein so genanntes Gesellschafterdarlehen in Höhe von ca. 1,3 Milliarden € zur Verfügung gestellt, für das in den letzten 30 Jahren praktisch keine Zinsen bezahlt wurden (ein Zinsgeschenk von ca. 2 Milliarden €). Ende 2006 wurde etwas mehr als die Hälfte davon an die Gesellschafter zurückgezahlt, der Rest läuft zinsfrei weiter.

Die Folgen: Die Region Freising wird dem Größenwahn geopfert. Schon heute erreicht der Flächenverbrauch bei uns Spitzenwerte. Werden die Ausbauplanungen umgesetzt, geht es mit der Lebensqualität im Landkreis Freising steil bergab. Die Zahl der Lärmbetroffenen würde sich verdreifachen, die Luftverschmutzung dramatisch zunehmen, der Wohn- und Erholungswert unserer Heimat schwer beeinträchtigt und viele Infrastruktureinrichtungen würden durch den zu erwartenden Siedlungsdruck an ihre Kapazitätsgrenze stoßen. Der Immobilienmarkt in den Flugschneisen ist bereits heute deutlich beschädigt.

Im Rahmen der Flughafenerschließung werden die Planungen für die Westtangenten in Freising und Moosburg vom Landkreis Freising vorangetrieben. Beide Kreisstraßen würden zu erheblichen Eingriffen in wertvolle Landschaften führen (Freisinger Moos und Amperauen). Von München aus soll der Flughafen per Transrapid zusätzlich erschlossen werden. Auch der Transrapid würde zu erheblichen Eingriffen in Natur und Landschaft führen sowie weitere Lärmbelastungen bringen. Zudem ist er nicht sinnvoll finanzierbar.

In den Köpfen der bayerischen Staatsregierung spukt noch immer die Schienenanbindung aus dem Nordosten (sogenannte Marzlinger Spange). Die Marzlinger Spange würde nicht nur wertvollste Naturlandschaften (Isarauen bei Marzling) zerstören, sondern auch Freising – und damit auch erhebliche Teile des Landkreises – vom Schienenverkehr abkoppeln, da für Freising wichtige Züge dann über den Flughafen geführt würden.

Mit der Kreistagswahl können Sie ein Zeichen gegen diesen Größenwahn setzen. Wir werden uns wie bisher zusammen mit den Bürgerinitiativen konsequent für den Schutz von Natur und Umwelt und für die Lebensqualität im Landkreis Freising einsetzen. Dies bedeutet:

- Kein weiterer Ausbau des Flughafens, insbesondere keine 3. Startbahn, kein drittes Terminal und kein gigantisches Einkaufszentrum zu Lasten der Freisinger Wirtschaft
- Verzicht auf die Westtangenten in Freising und Moosburg; keine Marzlinger Spange und kein Transrapid. Die Anbindung Ostbayerns muss über die Neufahrner Kurve, den Erdinger Ringschluss und die Walpertskirchener Spange erreicht werden. Die Anbindung von München kann durch eine Express-S-Bahn verbessert werden.
- Reduktion der Zahl der Nachtflüge auf höchstens 38 (alte Nachtflugregelung) mit dem Ziel, baldmöglichst ein Nachtflugverbot zu erreichen.

Airfolgsregion? Erfolgsregion!

Leider ist der Landkreis Freising den Marketingstrategen der FMG auf den Leim gegangen. Die Flughafen München GmbH, die Kreisstädte Erding und Freising sowie die Landkreise Erding und Freising haben sich am 1.8.2005 zu einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zusammengeschlossen und eine gemeinsame Regionalmarketing-Initiative unter dem Namen "Regionalmarketing für die Nachbarregion Flughafen München–Erding–Freising" ins Leben gerufen. In dieser Initiative wird auch der Landkreis Freising regional und überregional unter dem Titel "Airfolgsregion Erding–Freising" vermarktet. Durch diesen Slogan wird der Landkreis, der kulturell, im Bereich von Natur- und Landschaft sowie kulinarisch viel zu bieten hat und der wirtschaftlich auch ohne den Flughafen immer einer der erfolgreichsten Landkreise in Deutschland war, auf den Flughafen und den Luftverkehr ("Airfolg") reduziert. Es wundert nicht, dass die deutschen Luftverkehrsverbände ebenfalls unter dem Begriff "Airfolg" eine Lobbyaktion gestartet haben, die das Ziel hat, die angebliche Umweltfreundlichkeit des Luftverkehrs zu belegen.

Wer eine 3. Start- und Landebahn und ein drittes Terminal ernsthaft bekämpfen will, kann sich nicht gemeinsam mit der FMG (mitsamt ihren überzogenen Wachstumszielen) vermarkten lassen. Wir fordern deshalb, dass der Landkreis diese Arbeitsgemeinschaft schnellstens verlässt und ein eigenständiges, flughafenunabhängiges Marketing startet.

Eigenständige wirtschaftliche Entwicklung

Die weitere Entwicklung des Landkreises Freising muss eigenständig und möglichst unabhängig vom Flughafen erfolgen. Das momentane, allenfalls noch kurzzeitige Wachstum des Flughafens birgt für den Landkreis Freising enorme wirtschaftliche Risiken. Mit einer Arbeitslosenquote von unter 3 % herrscht bei uns nahezu Vollbeschäftigung. Der weitere Arbeitskräftebedarf am Flughafen kann nur durch Zuzug oder durch das Abwerben von Arbeitskräften aus heimischen Betrieben gedeckt werden, was die regionale Wirtschaft schädigt. Damit wird die Region immer stärker abhängig von FMG und Lufthansa, eine ungesunde Monostruktur entsteht. Bei einer Krise in der Luftfahrt hat dies katastrophale Auswirkungen für den Landkreis Freising.

Der Landkreis muss diese Problematik thematisieren und dieser Entwicklung in Zusammenarbeit mit den Kommunen entgegen steuern. Die Förderung von einheimischen Betrieben und die Ansiedelung von Gewerbe, das unabhängig von der Luftfahrt ist, müssen in einem Wirtschaftskonzept des Landkreises im Vordergrund stehen.

Thematisiert werden muss auch, dass der Flughafen sich langsam und sicher zu einem gigantischen Einkaufszentrum entwickelt und dadurch eine erhebliche Konkurrenz zum einheimischen Einzelhandel und zur lokalen Gastronomie darstellt. Bereits heute erwirtschaftet der Flughafen fast die Hälfte seines Umsatzes mit Nebengeschäften, ein Wert der in Deutschland von keinem anderen Flughafen erreicht wird. Für Läden und Gastronomie stehen bereits 31.500 m² Fläche zur Verfügung. Der geplante Umbau des Zentralbereichs wird diese Fläche nochmals deutlich erweitern. Ein weiteres Beispiel dafür, dass der Flughafen auf Kosten des Umlandes wächst und anderswo dringend benötigte Kaufkraft abschöpft.

Verlierer in der Boomregion

Der Landkreis Freising gehört zu den teuersten Regionen in Deutschland. Die Kaufkraft der Bevölkerung liegt allerdings nur im Bereich des bayerischen Durchschnitts. Dies bedeutet, dass es neben den Nutznießern des Booms eine zunehmende Zahl an unterdurchschnittlich und gering Verdienenden gibt. Diese sind zunehmend auf staatliche Unterstützung angewiesen. In diesem Bereich gehört der Landkreis Freising mit dem Nachbarlandkreis Erding in die Spitzengruppe in Deutschland.

Verkehr

Unser Ziel ist eine nachhaltige, menschen- und umweltgerechte Verkehrspolitik.

Wir brauchen für den Landkreis ein Verkehrskonzept, welches nicht allein auf den Flughafen ausgerichtet ist. Darüber hinaus muss es den immer weiter ansteigenden Automobilverkehr mit all seinen negativen Folgen auf ein vertretbares Maß beschränken.

Wir brauchen vor allem öffentliche Verkehrsmittel, die mit anderen Verkehrsträgern in der Region vernetzt, für alle bezahlbar und pünktlich sind.

Der Verkehrssektor ist nach der Energiewirtschaft der zweitgrößte Verursacher von Treibhausgasen. In Deutschland werden ca. 20 % des CO₂-Ausstoßes durch den Verkehr verursacht, in Bayern sogar über 30 %. Wer ernsthaft Klimaschutz betreiben will, muss Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und zur Verlagerung in den Umweltverbund (ÖPNV, Fahrrad, Fußverkehr) ergreifen.

Der Landkreis Freising ist mit Straßen vollständig erschlossen. Wer noch mehr Straßen baut, wird noch mehr Verkehr "ernten". Wir setzen deshalb auf intelligente Verkehrsvermeidung und -reduzierung. Deswegen sind die geplanten Westtangente in Freising und in Moosburg kein Beitrag zur nachhaltigen Lösung der bestehenden Verkehrsprobleme. Zudem erfordern beide Straßenbauprojekte immens hohe Finanzmittel, die sowohl den Landkreis als auch den beiden Städten für andere, unserer Meinung nach wesentlich wichtigere Vorhaben, fehlen werden (nachhaltige Lösungen von Verkehrsproblemen, Kindergärten, Schulen usw.). Angesichts knapper Finanzmittel müssen wir uns entscheiden, was uns wichtiger ist.

Etwa 50 % der Bevölkerung in Deutschland (v. a. Kinder, Jugendliche, Frauen, alte und behinderte Menschen) haben keinen regelmäßigen Zugang zu einem Auto. Die GRÜNEN waren in den letzten Jahren die einzige Gruppierung im Freisinger Kreistag, die sich für den verstärkten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs eingesetzt hat, um allen Menschen im Landkreis eine ausreichende Mobilität zu ermöglichen. Dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen.

Deshalb fordern wir:

- eine Verbesserung des Bussystems, vor allem im Norden des Landkreises. Die Anbindung von Hörgertshausen, Gammelsdorf, Mauern und Wang an den Moosburger Bahnhof muss im Interesse der PendlerInnen ausgebaut und die Taktzeiten müssen verdichtet werden. Die Busverbindung zwischen dem Freisinger Bahnhof und dem Flughafen (Linie 635) muss deutlich verbessert werden.
- eine wirkungsvolle Werbekampagne für den Öffentlichen Personennahverkehr
- eine Verbesserung der Taktzeiten und die Vernetzung der Buslinien untereinander und mit anderen Verkehrsmitteln im gesamten Landkreis
- die Einrichtung einer internetbasierten, landkreisweiten Mitfahrzentrale
- dass der Landkreis zusammen mit den Gemeinden den ganzjährigen Betrieb des Rufbusses ermöglicht und Anrufsammeltaxis sowie Car-Sharing-Projekte (z. B. Stadtteilauto) unterstützt und ausbaut
- die Förderung des Fahrradverkehrs durch einheitliche und attraktive Beschilderung sowie eine wirkungsvolle Werbekampagne
- den Ausbau des Radwegenetzes im gesamten Landkreis, insbesondere attraktiver und sicherer Ortsverbindungen
- die Organisation und Förderung von Spritsparkursen für die BürgerInnen des Landkreises
- die Einrichtung einer Busverbindung zwischen TU Garching und Weihenstephan
- die Einführung beziehungsweise Beibehaltung des 20-Minuten-Taktes der S-Bahn
- statt Verlängerung der S-Bahn über Freising hinaus eine Verbesserung der Bahnverbindungen
- keine Marzlinger Spange; die Anbindung Ostbayerns an den Flughafen muss über die Neufahrner Kurve, den Erdinger Ringschluss und die Walpertskirchener Spange erreicht werden.

Energie

Der im Frühjahr 2007 veröffentlichte 4. Klimabericht der UNO hat eindeutig vor Augen geführt, dass der Treibhauseffekt und die durch ihn verursachte Klimaveränderung die größten Herausforderungen für die zukünftige Entwicklung der Menschheit in diesem Jahrhundert darstellen. Hauptursache ist der CO₂-Ausstoß der Industrienationen, hervorgerufen durch die Verwendung fossiler Brennstoffe zur Energieerzeugung in Industrie, Haushalt und Verkehr. Die Industrienationen verfügen aber auch über die wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zu einer nachhaltigen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.

Die wichtigsten Handlungsfelder sind eine effiziente Energieverwendung (z. B. Niedrigenergie- und Passivhäuser oder stromsparende Haushaltsgeräte) und eine die Ressourcen schonende nachhaltige Energieerzeugung, insbesondere durch den verstärkten Einsatz regenerativer Energien wie Wind und Sonnenenergie. Diese stehen im Gegensatz zu fossilen Brennstoffen und Kernbrennstoffen unbegrenzt zur Verfügung und sind teilweise heute schon wirtschaftlich (Windenergie, Solarthermie, Pelletheizung, Geothermie).

Zudem schaffen diese Technologien auch neue Arbeitsplätze, insbesondere bei kleineren Handwerksbetrieben. Allein durch die Windenergie sind in den letzten Jahren mehr Arbeitsplätze geschaffen worden als im gesamten Kernenergiebereich zur Verfügung stehen. Bis 2006 wurden bundesweit im Bereich der Erneuerbaren Energie über 200.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, vor allem in kleinen und mittelständischen Betrieben.

Nicht nur der Bund und die Länder sondern auch die Kommunen sind aufgerufen zu handeln. Denn besonders für Städte, Gemeinden und Landkreise bieten sich vielfältige Möglichkeiten für eine nachhaltige Energiepolitik, die zudem auch Vorbildcharakter für alle BürgerInnen haben.

Verantwortliche Kommunalpolitik bedeutet, diese Möglichkeiten auch zu nutzen. Auf Antrag von *BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN* hat sich der Kreistag mit großer Mehrheit zur Energiewende im Landkreis Freising bekannt. Bis spätestens 2035 soll der Landkreis zu 100 % mit Erneuerbaren Energien versorgt werden. Um dieses engagierte Ziel zu erreichen, sind nicht nur schöne Worte sondern ist aktives Handeln gefordert.

Die Energiewende trägt zur wirtschaftlichen Stärkung der Region bei. Erneuerbare Energie und Energieeinsparung (z. B. durch Altbausanierung) können einen bedeutenden Beitrag zur Schaffung neuer und zukunftssicherer Arbeitsplätze im Landkreis leisten. Dadurch wird weiterhin erreicht, dass die Wertschöpfung in unserer Region erfolgt und sich für unsere Land- und Forstwirtschaft sowie für unsere heimische Wirtschaft generell erhebliche Potenziale erschließen.

Der Landkreis Freising soll durch sein Engagement nach innen als auch nach außen Vorbild für die Kommunen und BürgerInnen im Landkreis sein und diese zur eigenen Energiewende motivieren. In der Zusammenarbeit mit und der Unterstützung von Vereinen und Aktionen in der Region (z. B. Solarregion Freisinger Land, Sonne für Moosburg, Solarfreunde Moosburg, Sonnenkraft Freising usw.) und der Kommunen bieten sich vielfältige Möglichkeit für eine nachhaltige Energiepolitik.

Folgende Maßnahmen halten wir deshalb für notwendig:

- die Schaffung einer Ganztagsstelle für einen Marketingbeauftragten zur Umsetzung der Energiewende
- eine Informationsoffensive für Energieeffizienz, Energiesparen und Erneuerbare Energien im Landkreis Freising

- den Aufbau eines kommunalen Energiemanagements zur Erschließung vorhandener Einspar- und Effizienzpotenziale, verbunden mit regelmäßigen Hausmeisterschulungen und Information der LandkreismitarbeiterInnen sowie die Überprüfung der landkreiseigenen Liegenschaften auf Energieeinsparmöglichkeiten und effizienten Energieeinsatz (z. B. durch Austausch alter Umwälzpumpen)
- den Umstieg des Landkreises auf einen zertifizierten Ökostromanbieter
- ein Fifty / fifty-Programm für alle Schulen des Landkreises (das bedeutet, die Schulen bekommen 50 % der durch Energieeinsparung verringerten Kosten vom Landkreis zur freien Verwendung zur Verfügung gestellt)
- den Vorrang von Erneuerbaren Energien und Kraftwärmekopplung (KWK) vor fossilen Brennstoffen bei Sanierungsmaßnahmen und Neuerrichtung kommunaler Gebäude; Elektroheizungen und Wärmepumpen werden ausgeschlossen
- die Auflage eines landkreisweiten Energieförderprogramms
- die Schaffung eines Energiepreises sowohl für Altbausanierung als auch für vorbildliches energiesparendes Bauen, der abwechselnd vergeben wird
- Der Landkreis stellt geeignete Dächer für InteressentInnen und Bürgersolarparks für Photovoltaikanlagen für einen symbolischen Mietpreis zur Verfügung. Auf Dächern, die für Bürgersolarparks zu klein sind, errichtet der Landkreis in Eigenregie Photovoltaikanlagen.
- die Berücksichtigung der Niedrigenergiebauweise (maximal 40 kWh/m² Energieverbrauch) bei Neubauten und Sanierungen von kommunalen Liegenschaften
- die Anschaffung der energieeffizientesten Geräte bei Neuerwerb
- Entwicklung eines Regionalkonzeptes für den Landkreis Freising für Erneuerbare Energie und Energieeinsparung.

Abfallwirtschaft

In den letzten Jahren wurden nicht zuletzt auf Druck der GRÜNEN Kreistagsfraktion große Erfolge im Bereich Abfallwirtschaft und Müllvermeidung erzielt.

Insbesondere gelang es uns, gemeinsam mit Bürgerinitiativen, die Errichtung der von allen anderen Parteien geforderten Schwelbrennanlage zu verhindern.

Eine solche Anlage wurde in Fürth errichtet und musste wegen fundamentaler technischer Mängel stillgelegt werden.

Durch unseren erfolgreichen Widerstand wurde dem Landkreis damit ein finanzielles Desaster in Höhe von 80 Millionen € erspart.

Auch die Müllverbrennung in Neufahrn wurde eingestellt, der Müllzweckverband Erding – Freising aufgelöst und die Abfallmenge im Landkreis von 72.000 Tonnen im Jahr 1995 auf 29.000 Tonnen im Jahr 2000 reduziert. Im Jahr 2006 betrug sie aber bereits wieder 32.800 Tonnen.

Trotz dieser Erfolge bleibt die Landkreispolitik in Sachen Müllvermeidung gefordert, da in den letzten Jahren das Müllaufkommen nicht nur absolut, sondern auch pro Kopf wieder gestiegen ist.

So muss die Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema endlich viel stärker in Angriff genommen werden, um die BürgerInnen über abfallarmes Wirtschaften zu informieren und zum Mitmachen zu bewegen.

Das abfallarme Beschaffungswesen in landkreiseigenen Einrichtungen muss weiter ausgebaut werden.

Ernährung, Verbraucherschutz, Landwirtschaft

Erneuerbare Energien

Das von den GRÜNEN erarbeitete Erneuerbare-Energien-Gesetz und der daraus resultierende verstärkte Anbau von nachwachsenden Rohstoffen haben vielen Landwirten – auch im Landkreis Freising – neue Einkommensmöglichkeiten eröffnet. Die Produktion gesunder Nahrungsmittel muss allerdings die Hauptaufgabe der Landwirtschaft bleiben. Beim Anbau von Agrarrohstoffen ist auf eine möglichst hohe Energieeffizienz zu achten. Vor allem auf dem Treibstoffsektor ist der vermehrte Einsparung durch verbrauchsgünstige Verkehrsmittel Vorrang einzuräumen – die Beimischung von Rapsöl oder Ethanol zum Kraftstoff z. B. ist ökologische Augenwischerei, solange nicht alles getan wird, um den Durchschnittsverbrauch von Kraftfahrzeugen drastisch zu senken.

Gentechnik

Die kommerziell in der Landwirtschaft eingesetzte Gentechnik hatte in den letzten Jahren in der landwirtschaftlichen Produktion im Landkreis Freising keinerlei Bedeutung. GRÜNE Kommunalpolitik hat dafür gesorgt, dass der Landkreis Freising bis auf einige Quadratmeter Kartoffelversuchsanbau in Weihenstephan faktisch gentechnikfrei ist. GRÜNE Politik wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass dies so bleibt.

Ökologischer Landbau

Der ökologische Landbau hat nicht zuletzt dank GRÜNER Politik eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Bio-Lebensmittel sind "in" – auch und besonders im Landkreis Freising. Angesichts des Klimawandels kommt der ökologischen Landwirtschaft eine erhöhte Bedeutung zu, da die Produktion ökologisch erzeugter Nahrungsmittel deutlich weniger Treibhausgase freisetzt als der konventionelle Landbau. Darüber hinaus ist die vermehrte Humusbildung im Ökolandbau eine natürliche CO₂-Senke.

Regionalvermarktung

Immer mehr Landwirte und VerbraucherInnen sehen ein, dass die meist kleinteilig strukturierten Familienbetriebe in Bayern nur dann Zukunftschancen haben, wenn das Umdenken in der Agrarpolitik weitergeht: weg von der industriellen Massenproduktion hin zum Leitbild eines an Kreisläufen orientierten Wirtschaftens, das seine Grenzen beachtet und sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit orientiert.

Damit diese Sichtweisen einer vernünftigen Lebensmittelerzeugung nicht nur theoretische Diskussionsansätze bleiben, müssen sie vor Ort umgesetzt werden. Der Landkreis muss viel stärker als bisher seiner Vorbildfunktion gerecht werden und den ökologischen Landbau und seine Vermarktungsorganisationen unterstützen. Die Regionalvermarktung muss mehr als bisher gefördert werden. Bäcker, Metzger, die dezentrale Vielfalt kleiner Handwerksbetriebe sind ein enorm wichtiger Wirtschaftsfaktor im Landkreis.

Öffentlichkeitsarbeit

In landkreiseigenen Einrichtungen (Schulen, Krankenhaus etc.) müssen verstärkt Ökoprodukte angeboten werden. Die Information und Aufklärung der Bevölkerung über die Zusammenhänge von gesunder Ernährung und artgerechter Tierhaltung sowie den Einfluss der Landwirtschaft auf Trinkwasser, Artenvielfalt und Klimawandel müssen verstärkt werden.

Bildungschancen für jedes Kind

Die Schulbildung entscheidet wesentlich über die Lebenschancen unserer Kinder. Der Erfolg in der Schule hängt aber oftmals nicht nur von den Talenten der Kinder ab, sondern auch vom Geldbeutel der Eltern. Laut PISA-Studie ist in Bayern die Abhängigkeit des Schulabschlusses von der sozialen Herkunft deutschlandweit am größten. Die deutlichsten Verlierer sind dabei Kinder aus sozial schwachen Familien und Migrantenkinder.

Herkunft darf aber die Zukunft nicht bestimmen.

Wir wollen Schulen, die jedes Kind entsprechend seiner Fähigkeiten fördern und fordern und die sozial gerecht sind. Neue Konzepte des Unterrichtens und des Lernens sollen neben fachlichem Wissen verstärkt Kompetenzen für kreatives Denken, eigenständiges Handeln oder Kommunikation vermitteln.

Schule als Lebensraum

Schulen müssen Lebensräume für Kinder und Jugendliche sein. Nur wenn SchülerInnen sich mit ihrer Schule identifizieren können, ist optimales Lernen möglich.

Als Sachaufwandsträger kann der Landkreis an seinen Schulen viel zur Modernisierung beitragen. Der Ausbau der erforderlichen Räumlichkeiten und die adäquate Bereitstellung von Sach- und Lernmitteln trägt wesentlich zur Gestaltung eines gelungenen Lebens- und Lernortes bei. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Sachbeschädigungen.

Konkret halten wir folgende Maßnahmen für dringend erforderlich:

- Finanzielle Unterstützung durch den Landkreis für Schulkinder aus sozial schwachen Familien
- Umbau der Berufsschule Freising: Die Container, mit denen ab dem Schuljahr 2007 / 08 die Raumnot gelindert wird, dürfen nur eine Übergangslösung sein. Der nicht mehr zeitgemäße Zuschnitt einzelner Räume und der Zustand des Werkstattgebäudes machen eine vernünftige bauliche Maßnahme dringend erforderlich.
- Bereitstellung von ausreichend Computerarbeitsplätzen mit Internetzugang: dies sorgt vor allem für SchülerInnen aus Familien mit geringem Einkommen für mehr Chancengleichheit.
- Öffnung der Pausenhöfe und Turnhallen zu außerschulischen Zeiten und in den Ferien für Spiel und Sport
- Für gesunde Lernbedingungen und im Sinne der Vorbildfunktion von Schule müssen bei Baumaßnahmen und notwendigen Anschaffungen ökologische Aspekte konsequent berücksichtigt werden. Pausenverkauf und Mittagsverpflegung sollen Lebensmittel aus der Region verwenden und abfallarme und fair gehandelte Produkte vertreiben.
- Das Praxisbüro Gesunde Schule am Gesundheitsamt setzt sich für gesunde Lern- und Lehrbedingungen an den Schulen ein. Es muss weiterhin unterstützt werden.

Sprachkompetenz

Ein erfolgreicher Schulabschluss setzt gute Kenntnisse der deutschen Sprache voraus. Die Förderung der Sprachkompetenz sowohl der Migrantenkinder als auch deutscher Kinder muss frühzeitig (bereits im Kindergarten) einsetzen und im Bedarfsfall bis zum Schulabschluss begleitend fortgesetzt werden.

An weiterführenden Schulen müssen für Eltern, die der deutschen Sprache nicht genügend mächtig sind, Hilfen bei der Kontaktaufnahme mit den Lehrkräften angeboten werden. Nur dann kann eine vertrauensvolle Zusammenarbeit stattfinden und Problemen frühzeitig begegnet werden.

Sozialkompetenz

Soziale Kompetenzen sind wesentlich für ein gelungenes Leben. Erwerben können Kinder sie nur, wenn sie diese im Umgang mit anderen Menschen selbst erfahren können. Sie müssen erleben, dass sie als Person anerkannt werden, dass sie Hilfe erhalten und dass Konfliktlösung ohne Gewalt möglich ist.

Deshalb erachten wir die Fortführung folgender Projekte als dringend erforderlich – auch im Sinne der Prävention späterer schwerwiegenderer Probleme:

- Konsequente Weiterführung und Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen
- Unterstützung der Ausbildung von SchülerInnen zu MediatorInnen
- Unterstützung des Projekts "Gegen Gewalt an Frauen und Mädchen in der Schule"

Ganztagschulen

Viele Familien, quer durch alle sozialen Schichten und Schularten, stoßen bei der Unterstützung ihrer Kinder bei Schulproblemen an ihre Grenzen. Das reicht von Verständigungsschwierigkeiten an Grundschulen bis hin zur Überforderung am achtjährigen Gymnasium.

In einem ausgewogenen Konzept von Unterricht und von sportlichen oder musischen Angeboten bieten Ganztagschulen optimale Bedingungen für die individuelle Förderung. Sie entlasten Familien und sind wichtige Hilfestellungen bei der Förderung und der Betreuung von Schülerinnen und Schülern. Damit tragen sie wesentlich zur Prävention späterer sozialer Probleme bei.

Wir setzen uns daher für ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen in allen Schularten ein.

Ausbildungsplätze schaffen

Seit Anfang 2007 beschäftigt der Landkreis einen Ausbildungsplatzakquisiteur, der sich um die Gewinnung neuer zusätzlicher Ausbildungsplätze kümmert. Diese Maßnahme ist auf ein Jahr befristet.

Wir setzen uns dafür ein, dass diese Maßnahme verlängert wird. Es darf nichts unversucht bleiben, um allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten.

BürgerInnenmitbestimmung

Ein Grundwert der GRÜNEN ist die Basisdemokratie. Die BürgerInnen sollen zu jeder Zeit Einblick in und Anteil an politischen Entscheidungsprozessen haben. Wir wollen bereits vorhandene Mitarbeit der BürgerInnen unterstützen und verfestigen und sie dazu ermutigen, sich in die Politik einzubringen. Denn „die freiheitliche Demokratie lebt geradezu von dieser Teilhabe- und Mitwirkungsbereitschaft ihrer Bürger“ (Roth: Das Ehrenamt, 1997, S. 112). Daher fordern wir, die BürgerInnen und ihr Fachwissen stärker in den politischen Prozess einzubinden und zu beteiligen durch:

Transparenz bei politischen Entscheidungen

Den BürgerInnen müssen Verwaltungsabläufe, politische Zuständigkeiten und Entscheidungen transparent gemacht werden. Hierzu gehört unter anderem, dass wichtige Informationen (Sitzungsprotokolle, Baugenehmigungen, Beschwerden etc.), z. B. über die Homepage des Landratsamtes abrufbar gemacht werden.

Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen

Der allgemeinen Politikverdrossenheit kann durch Beteiligung entgegengewirkt werden. Deswegen ist es nicht nur effizient, Bürgerinnen und Bürger und ihr Wissen einzubeziehen, sondern auch für die Stärkung der Demokratie dringend notwendig.

- Der Agenda-21-Prozess muss im Landkreis Freising wieder angestoßen und eine entsprechende Stelle muss geschaffen werden.
- Ein Beschwerdemanagement muss eingerichtet werden, das Kritik und Anregungen der BürgerInnen systematisch sammelt, auswertet und bearbeitet.

Unterstützung des Ehrenamtes

Ein Konzept zur Unterstützung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements muss entwickelt werden. Zentrale Punkte sind:

- Einrichtung einer Vernetzungszentrale, die sowohl das ehrenamtliche Angebot strukturiert und nach außen hin publiziert als auch den Engagierten mit Rat und Tat sowie Ressourcen zur Seite steht.
- Durch die Einführung von ehrenamtlichen Sozialpaten und Botschaftern sollen sowohl die Integration Benachteiligter gefördert als auch soziale Problemlagen von Menschen gemildert werden.
- die Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement durch Auslagenpauschale und kostenfreie Seminarangebote.

Politische Förderung der Jugend

Demokratie wird nur gelebt, wenn sie praktiziert wird.

Wir wollen dem Jugendkreistag mehr Kompetenzen einräumen, wie z. B. eine beratende Funktion bei Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse. Wir wollen darüber hinaus die verstärkte Einbindung von ausländischen Jugendlichen in den Jugendkreistag, um hier Integration zu leben.

Armut wirksam bekämpfen

Die Arbeitslosenquote im Landkreis Freising gehörte bereits vor Inbetriebnahme des Flughafens zu den niedrigsten in ganz Deutschland. Angesichts dessen wird die wachsende Zahl von BürgerInnen vergessen, die am Existenzminimum leben und nicht einmal mehr ihre Stromrechnungen bezahlen können.

Bedingt durch hohe Lebenshaltungskosten besteht auch im Landkreis Freising ein hohes Armutsrisiko für Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern, Geringverdienende und von Arbeitslosigkeit Betroffene sowie für Rentnerinnen und Rentner, Kranke und Behinderte. Die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger liegt im Landkreis lediglich im Bereich des bayerischen Durchschnitts. Dies bedeutet, dass es neben den Nutznießern des Booms eine zunehmende Zahl an unterdurchschnittlich und gering Verdienenden gibt. Diese sind zunehmend auf staatliche Unterstützung angewiesen. In diesem Bereich steht der Landkreis Freising mit dem Nachbarlandkreis Erding in der Spitzengruppe der Statistik in Deutschland. Bedenklich ist dabei vor allem die hohe Zahl von Kindern unter 14 Jahren – es sind ca. 900 Kinder – die Sozialleistungen bekommen.

Die Aufgabe der Sozialpolitik im Landkreis besteht darin, die Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Ziel ist es, eine Ausgrenzung von Armen, Wohnungslosen, MigrantInnen und anderen Bevölkerungsgruppen zu verhindern.

Ein wirkungsvolles Netz der sozialen Sicherung kann nur durch Zusammenarbeit des Landkreises, der Städte und Gemeinden, der Wohlfahrtsverbände und der weiteren sozialen Organisationen erreicht werden.

Wir setzen uns ein für:

- die Erstellung eines Armutsberichts für den Landkreis
- den Ausbau der Schuldnerberatung im Landkreis
- die Errichtung einer Fachstelle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit
- die Unterstützung von Arbeitsprojekten für Langzeitarbeitslose durch die ARGE
- die Einrichtung eines Arbeitskreises Soziales im Rahmen der AGENDA 21

Selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter

Für eine Weiterentwicklung von Wohn- und Betreuungsformen sowie der Infrastruktur für ältere Menschen haben sich *BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN* stets eingesetzt. Die klassische Trennung zwischen traditioneller Pflege in der Familie und der Vollversorgung in einem Heim ist keine tragfähige Ausrichtung für eine zukunftsorientierte Politik für Seniorinnen und Senioren.

Es geht uns um einen grundsätzlichen Wechsel: Weg von einer institutionalisierten, rein auf Pflegeabläufe ausgerichteten Versorgung hin zu einer an den individuellen Lebenswelten und Bedürfnissen dieser Menschen orientierten Alltagsgestaltung. Gemäß einer Untersuchung des Planungsverbandes "Äußerer Wirtschaftsraum München" wird die Bevölkerung im Landkreis Freising überdurchschnittlich altern. Die Zahl der über 65-Jährigen wird im Landkreis Freising bis zum Jahr 2020 um 5,1 % ansteigen. Der bayerische Landesdurchschnitt wird auf 3,5 %, derjenige der Landeshauptstadt München nur auf 1,5 % geschätzt.

Die Lebensentwürfe der älteren Generation unterliegen einem starken Wandel. Unterschiedliche Erfahrungen, Lebensstile und eine kulturelle Vielfalt erfordern differenzierte und auf die verschiedenen Bedürfnisse und Lebensstile angepasste kultursensible Wohn- und Pflegearrangements. Selbständigkeit und Selbstbestimmung haben in unserer Gesellschaft einen hohen Wert. "Wohnen, Leben, Assistenz und Pflege sichern" im normalen Wohnumfeld ist deshalb eine zentrale Leitorientierung. Dazu gehört der Wunsch nach Überschaubarkeit, sozialer Einbindung und Teilhabe, der Möglichkeit zur Gestaltung des eigenen Haushalts und häufig auch nach einem Zusammenleben mit anderen Generationen. Mehrgenerationenhäuser bieten dazu einen geeigneten Raum.

GRÜNE Politik für Seniorinnen und Senioren hat daher folgende Schwerpunkte:

- Errichtung von Mehrgenerationenhäusern im Landkreis Freising
- Weiterer Ausbau von altengerechten Wohnungen und betreuten Wohnformen
- Schaffung von Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen
- Ausbau der gerontopsychiatrischen Versorgung im gesamten Landkreis

Frauen

GRÜNE Geschlechtergerechtigkeit

Wir GRÜNE haben es geschafft, die von uns von Anfang an geforderte Geschlechtergerechtigkeit in der Partei umzusetzen. GRÜNE Frauenpolitik ist kein Schlagwort, sondern gelebte Demokratie. Bei uns gibt es konkrete Maßnahmen wie Quote und Doppelspitze. GRÜNE Politik hat der Gesellschaft wichtige frauenpolitische Impulse gegeben: Wir denken gleichberechtigt und gerecht – und so soll es auch bleiben.

Gesellschaftlicher Wandel

Die Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt, Frauen und Männer sind in ihrer Lebensplanung heute flexibler, es gibt wesentlich mehr Modelle für ein Leben mit oder ohne Kinder. In einigen Bereichen ist eine Gleichstellung der Geschlechter bereits heute erreicht (Schul- und Berufsausbildung) und gerade für Mädchen und junge Frauen haben sich die Vorzeichen gewandelt. In anderen Bereichen aber sind Frauen noch stark strukturell benachteiligt; dort sind politische Maßnahmen, die eine Gleichstellung von Frauen und Männern beschleunigen, dringend notwendig.

Frauen heute

Im Berufsleben sind Frauen immer noch nicht gleichgestellt: Sie bekommen oft weniger Lohn für die gleiche Arbeit, sie sind, gerade in der freien Wirtschaft, noch selten in Führungs- und Spitzenpositionen zu finden. Die Hochschule ist, gemessen an der Zahl der LehrstuhlinhaberInnen, noch immer ein Herrenclub.

Weil Frauen 30 % weniger verdienen als Männer und weil Phasen der Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen – beides hauptsächlich Frauenaufgaben – nicht bei der Rente angerechnet werden, sind Frauen viel stärker von Altersarmut betroffen als Männer. Der demografische Wandel führt dazu, dass Frauen im Alter länger allein leben und deshalb eine gute eigenständige Altersvorsorge und -versorgung brauchen. Wir unterstützen Projekte in Städteplanung und Wohnungsbau, die dieser Entwicklung Rechnung tragen. Wir brauchen neue Wohnformen, die ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter ermöglichen.

Entscheidungsfreiheit und Vielfalt

Mit GRÜNER Politik haben Frauen und Männer die gleichen Rechte und können sich frei entscheiden, welcher Lebensentwurf für sie der richtige ist. Ein selbstbestimmtes Leben ist nicht mehr vom Geschlecht oder der sexuellen Identität abhängig, sondern von individuellen Entscheidungen. Beide Geschlechter haben gleichberechtigten Zugang zu allen Berufen und allen möglichen Lebensmodellen, weil die Politik ihnen die nötigen Rahmenbedingungen dazu liefert. Gleiche Ausbildungs-, Anstellungs- und Karrierechancen rücken in greifbare Nähe. Familienfreundliche Betriebe, flächen- und bedarfsdeckende, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sowie geteilte Elternzeit bilden dabei eine wesentliche Stütze.

Wir fordern daher den konsequenten Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen.

Die Hälfte der Macht für Frauen

Unser Ziel ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen bei Bildung, Einkommen, Mobilität, Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben und bei Entscheidungsprozessen. Dies gilt auch und gerade für die Finanz- und Wirtschaftspolitik der öffentlichen Haushalte. Kommunale Haushalte müssen daraufhin analysiert werden, inwieweit die Gelder Frauen und Männern zugute kommen. Diese Aufgabe übernehmen in der Regel die Gleichstellungsbeauftragten in den Landratsämtern. Daher ist es uns ein großes Anliegen, diese Stelle im Landkreis Freising personell aufzustocken und zu stärken.

Wirkungsvoll gegen Gewalt

Für viele Menschen gehört Gewalt leider nach wie vor zum Alltag. Frauen sind davon stärker betroffen als Männer. Wir stehen für die Ächtung von Gewalt gegen Frauen und Kinder und befürworten die finanzielle Unterstützung von Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern.

Gender-Mainstreaming

Bei allen gesellschaftlichen Vorhaben im Landkreis sollen die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern berücksichtigt werden. Um dies umsetzen zu können, bedarf es der reflektierten Koedukation, Mädchen- und Jungenarbeit. Die geschlechtsspezifischen Bedürfnisse von Jungen und Mädchen müssen in der Verkehrspolitik, der Freizeitgestaltung und der Jugendarbeit berücksichtigt werden.

Jungen- und Mädchenpädagogik beginnt schon in der Grundschule und muss geschlechtsspezifisch gefördert werden.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wollen eine Unterstützung des Arbeitskreises für Mädchenarbeit bei speziellen Angeboten für Mädchen, wie z. B. in Jugendzentren und beim Mädchenberufsfindungstag ("Mädchen und technische Berufe"). Dringend erforderlich ist die Einrichtung eines Arbeitskreises für Jungenarbeit, der sich auf die Bedürfnisse von Jungen ausrichtet und spezielle Angebote für Jungen, z. B. einen Jungenberufsfindungstag, fördert.

Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene

Die Erziehungs- und Bildungsaufgabe liegt in der Gesamtverantwortung des Landkreises, die Städte und Gemeinden sind vor Ort für die Umsetzung und Beratung verantwortlich.

Gerade auch in Zeiten, in denen alle vom demographischen Wandel reden, muss es ein Hauptziel einer zukunftsorientierten Kommunalpolitik sein, das Leben von und mit Kindern und Jugendlichen positiv zu gestalten. Der Ausbau schulischer Angebote wie Mittagsbetreuung in Grund- und Hauptschulen sowie Ganztagesklassen ist zwar keine Landkreisaufgabe, sollte aber vom Landkreis bei den Städten und Gemeinden angeregt werden. Verlässliche Betreuungsangebote ermöglichen es den Eltern, berufliche Entfaltung und das Leben mit ihren Kindern in Einklang zu bringen.

Eine Fortschreibung der im Jugendhilfeplan genannten Ziele ist unbedingt erforderlich.

Ausbau der Betreuung

Die Anzahl der Plätze für Kindertagesbetreuung im Landkreis ist zu gering, besonders für Kleinkinder unter drei Jahren fehlen Krippenplätze. Aber auch im schulischen Bereich fehlen Betreuungsangebote in Grund- und Hauptschulen, wie Mittagsbetreuung mit Essen und Ganztagsklassen. Ziel muss es sein, die Betreuungsplätze im Landkreis bedarfsgerecht auszubauen. Da dies in erster Linie eine Aufgabe der Kommunen ist, muss hier das Amt für Jugend und Familie seine Beratungstätigkeit fortsetzen und die Kommunen entsprechend motivieren.

Die Kindertagespflege ist im Landkreis unterschiedlich stark ausgebaut. Um hier eine einheitliche, bedarfsdeckende Versorgung zu erreichen, muss der Landkreis verstärkte Öffentlichkeitsarbeit leisten, um neue Tagespflegepersonen zu gewinnen.

Präventivmaßnahmen haben Vorrang

Präventivmaßnahmen sind sowohl sozial als auch finanzpolitisch sinnvoll, da sie langfristig Geld sparen, indem Probleme frühzeitig erfasst und bei ihrer Entstehung behandelt werden. Wie in der Vergangenheit werden sich *BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN* konsequent für diesen sehr wichtigen Bereich der Jugendarbeit einsetzen.

Konkret setzen wir uns ein für:

- den Aufbau von **Streetworkerprojekten** in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, um die aufsuchende Jugendarbeit zu intensivieren
- die Entwicklung eines **Konzepts gegen sexuelle Gewalt** an Kindern und Jugendlichen
- den Ausbau der **sozialen Gruppenarbeit** zu dauerhaften Angeboten für Kinder und Jugendliche, um diesen zu helfen, sich in geschütztem Rahmen soziale Kompetenzen zu erwerben, in der Gruppe zu lernen und neue Verhaltensweisen einzuüben. Das bestehende Angebot muss durch Werbung noch besser im Landkreis bekannt gemacht und auf den nordöstlichen Teil des Landkreises ausgedehnt werden.
- **Jugendsozialarbeit** gibt es im Landkreis seit 1996 und inzwischen an 10 Schulen. Wo es sinnvoll und notwendig ist, sollte diese an weiteren Schulen angeboten werden.
- den Ausbau der Stellen im **sozialen Dienst**. Immer mehr Familien kommen mit den wirtschaftlichen Bedingungen nicht mehr zurecht. Die Folgen sind häufig Verwahrlosung und katastrophale hygienische Zustände in den Familien. Wir brauchen unbedingt mehr SozialpädagogInnen, damit die Präventivmaßnahmen in den Familien durch häufigere Besuche intensiviert werden können, um eventuell Heimaufenthalten vorzubeugen.
- eine Ausweitung des erfolgreichen Projekts der **SchulbusbegleiterInnen** ("O-Wacht") sowie die Unterstützung der Ausbildung von MediatorInnen

- die Förderung von Integrationsprogrammen, um ausländische Kinder und Jugendliche besser einzubeziehen (z. B. durch verstärkte Sprachförderung im Kindergarten und in der Schule)

Medienpädagogik

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wollen eine intensivere Nutzung der neuen Medien für SchülerInnen und LehrerInnen an den Schulen fördern.

Kinder und Jugendliche benötigen mehr Information über die Gefährlichkeit der Strahlung bei Handys. Der sorgsame Umgang mit den neuen Medien, auch dem Internet, muss bereits im Kindergarten und in den Schulen vermittelt werden.

Für ErzieherInnen und LehrerInnen sollen entsprechende Fortbildungsveranstaltungen sowie öffentliche Veranstaltungen organisiert werden.

Rechtsradikalismus

Verstärkte Aufmerksamkeit werden wir der Zunahme von Rechtsradikalismus unter Kindern und Jugendlichen widmen. Dieser entsteht oft, wenn geschützte Räume zum Heranwachsen nicht vorhanden sind und die Grenzen der Kinder nicht gewahrt werden.

Wir wollen:

- eine Stärkung der sozialen Kompetenz bei Kindern durch Projekte in allen Schulen
- eine Unterstützung der LehrerInnen durch Projektunterlagen
- die Förderung von Fahrten in die KZ-Gedenkstätten, z. B. Dachau.

Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche

Es gibt bereits zahlreiche interessante Angebote für Jugendliche, die Freizeit sinnvoll und kreativ zu gestalten. Hierzu zählen auch die vielen Vereine im Landkreis Freising, die bereits aktiv und verantwortungsvoll Jugendarbeit betreiben.

Hier eine Informationsplattform in Form einer eigenen **Homepage** zu schaffen, macht viel Sinn. Es schafft Transparenz, Bekanntheit und eröffnet eine landkreisweite Zusammenarbeit und Auswahlmöglichkeit.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN setzen sich darüber hinaus ein für:

- eine verstärkte Koordination und Kooperation mit dem Kreisjugendring:
 - um die Jugendarbeit, auch die offene, im Landkreis zu unterstützen
 - um Aktionen weiter zu fördern, die der **Kreisjugendring** durchführt, wie Kultur- und Diskussionsveranstaltungen sowie internationale Jugendcamps.
- eine weitere Unterstützung des **Rufbusses**, um einen Ganzjahresbetrieb finanziell zu ermöglichen. Solange das öffentliche Verkehrsnetz nicht weiter ausgebaut ist, wie derzeit z. B. im nördlichen Landkreis und nachts, ist dies dringend notwendig.
- die Öffnung von Flächen des Landkreises für Straßenkunst
- die Schaffung von **Naturräumen**, damit sich Kinder und Jugendliche in der freien Natur bewegen können, weg von den Medien. In der Regel erwarten sie jedoch Verbotsschilder, wie *Privatgrund, keine Zelte, keine Feuerstellen* usw. Der Landkreis und auch die Kommunen müssen verstärkt Plätze ausweisen, wo Kinder und Jugendliche ihre Freizeit verbringen können und eigenverantwortlich Umwelt erfahren und achten lernen.

Betreuung in der Ferienzeit

- Wir fördern die Erweiterung der Ferienbetreuung, indem wir Liegenschaften des Landkreises zur Verfügung stellen, wie Zeltplatz, Schulhöfe u. ä.
- Wir streben den Ausbau der Kinder-Uni in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität München / Weihenstephan und der Fachhochschule Weihenstephan an.

Miteinander leben – voneinander lernen

Integration von MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund

Ein gleichberechtigtes und friedliches Miteinander von Deutschen und MigrantInnen ist wesentliches Ziel GRÜNER Kommunalpolitik. Gelungene Integration setzt sowohl für Deutsche als auch für EinwanderInnen die Bereitschaft zu Veränderung und zum Lernen voraus.

Während sich der Status der EU-Bürgerinnen und -Bürger durch die geänderte Gesetzgebung verbessert hat, bleibt die Situation der Menschen aus Nicht-EU-Ländern weiterhin schwierig.

Verpflichtende Integrationskurse zu Themen wie Landeskunde, Deutsches Recht oder kulturelle Entwicklung sind ein wichtiger Bestandteil auf dem Weg zur Integration. Als singuläre Maßnahme sind sie jedoch häufig nicht ausreichend und werden meist den besonderen Situationen der Migrantenfamilien, insbesondere der Frauen mit kleinen Kindern, nicht gerecht. Nach der Teilnahme an den Kursen brauchen die Menschen Kontakte und Anlaufstellen, um sich in ihren Alltag in Deutschland einfinden zu können.

Die Kinder und Jugendlichen, die oftmals zwischen zwei Kulturen aufwachsen, benötigen Halt und Orientierung sowie Hilfe vor allem in ihrer Ausbildungssituation.

Wir fordern daher die Vernetzung lokaler Initiativen, Bündnisse und Einrichtungen, um einen effektiven und optimalen Informationsfluss zu gewährleisten. Vorhandene Strukturen und Initiativen sowie neue Konzepte, die entsprechend dieses Bedarfs für jede Altersgruppe neu entwickelt werden, sind zu fördern. Bereits bestehende, zentrale und dezentrale Begegnungsmöglichkeiten sind zu bündeln und weiterzuvermitteln.

Radikalismus

Wir alle tragen in der Kommunalpolitik die Verantwortung für den Abbau von Vorurteilen und den toleranten Umgang miteinander. Wir dürfen Ausgrenzungen keine Chance geben.

Radikalismus, gleich welcher Färbung ab, lehnen wir ab. Insbesondere müssen die wieder erstarkenden rechten Tendenzen, die zunehmend Alltagsorgen für Propagandazwecke benutzen, mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden.

Um einer Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken, ist es wichtig, dass diese sich von unserer Gesellschaft angenommen fühlen. Nur so können sie das nötige Selbstwertgefühl entwickeln, das ihre Persönlichkeit festigt.

Bereits im Kindergartenalter kann präventiv sowohl mit Kindern als auch mit Eltern gearbeitet werden. Toleranz und Achtung vor der Menschenwürde muss bereits bei den Kleinsten gefördert werden.

An den weiterführenden Schulen müssen SchülerInnen und LehrerInnen sensibilisiert werden, um radikale Tendenzen rechtzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzusteuern.

Spezielle Trainingseinheiten bei Klassensprecher- und Streitschlichterschulungen sollen die Kompetenzen der SchülerInnen stärken. Ein besonderes Augenmerk muss darauf gelegt werden, ausländische Jugendliche durch Werbung und niedrige Kosten für Jugendleiterausbildungen zu gewinnen. Damit werden Multiplikatoren vor Ort geschult, die in Strukturen eingebunden sind und Vorbildfunktion für andere übernehmen können.

Jeder Euro, der für derartige Präventionsmaßnahmen ausgegeben wird, trägt dazu bei, dass Jugendliche ihren Platz in unserer Gesellschaft finden und stärkt unsere Demokratie. Das Auftreten späterer sozialer Probleme wird so wirkungsvoll verhindert.

Mehr Geld für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit: effektiver Einsatz der Mittel

Dem Landkreis Freising steht im diesjährigen Haushaltsplan und auch in den nächsten Jahren kein wirklich großer finanzieller Spielraum zu Verfügung.

Viele Aufgaben des Kreises sind durch gesetzliche Vorgaben festgelegt, wie im Bereich der Jugendhilfe, bei den Heim- und Pflegekosten oder den Personalausgaben. Uns geht es darum, die vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten konsequent umzusetzen und politische Prioritäten zu setzen: Für eine solide Betreuung und Ausbildung unserer Kinder, für einen nachhaltigen Schutz unserer Lebensgrundlagen, für ein gerechtes Zusammenleben aller Menschen und Generationen in unserem Landkreis.

Außerdem sind wir überzeugt, dass alles unternommen werden muss, um den gewaltigen Schuldenberg der letzten Jahre so schnell wie möglich abzubauen. So ist bei einer Schuldenlast von ca. 70 Millionen Euro die Zinsbelastung im Haushalt 2007 gegenüber dem Haushalt 2005 um fast 50 % gestiegen (auf ca. 2 809 000,- EUR)

Politische Schwerpunkte sehen wir unter anderem

- in der **Erstellung eines Schulentwicklungskonzepts**, da der Landkreis Freising seit vielen Jahren einen immensen Zuzug von jungen Familien aufweist und damit auch weiterhin mit einer Vielzahl von weiteren Schulinvestitionen zu rechnen ist
- bei der **Intensivierung der schulischen Sozialarbeit und der präventiven Jugendarbeit**, um allen Kindern die gleichen Lern- und Lebenschancen einzuräumen
- bei der gezielten Förderung von Maßnahmen für eine **nachhaltige und sinnvolle Energienutzung bzw. eine Energiewende auf kommunaler Ebene**. Der Landkreis muss die Bürgerinnen und Bürger, die Vereine, Verbände und Unternehmen im Kreis dabei unterstützen, Energieeinsparmöglichkeiten zu erschließen und kostengünstig umzusetzen.
- im **Ausbau des ÖPNV**, um auch hier dem Klimawandel und dem zukünftigen vermehrten Bedarf an Mobilität zu entsprechen (mehr Jugendliche und mehr SeniorInnen).

Das Fazit einer GRÜNEN Finanzpolitik für den Landkreis Freising lautet:

Einsparungen beim Straßenneubau und Straßenausbau – so unsinnige, geldfressende und umweltzerstörende Investitionen wie die Westtangente in Freising und Moosburg lehnen wir kategorisch ab. Verantwortungsvolle Zukunftssicherung erfordert stattdessen Investitionen im schulischen und sozialen Bereich. Wir wollen die Energiewende im Landkreis durch gezielte Investitionen anstoßen.

Unser Ziel ist ein ausgeglichener Kreishaushalt – neue, zusätzliche Schulden lehnen wir ab! Für uns hat der Schuldenabbau mit Blick auf die zukünftigen Generationen hohe Priorität: *Überschüssige* Mittel müssen bewusst zum Schuldenabbau eingesetzt werden und nicht nur zur Absenkung der Kreisumlage.

160.000,- Euro jährlich für ein Marketingkonzept, welches den Flughafen und das Umland verkaufen soll und als Folge u. a. die Imagebroschüre mit dem schrecklichen Namen *Airfolgs-Region* hervorbringt, ist eine eindeutige Werbung für die FMG, also für den Flughafen, und damit letztlich auch für eine dritte Startbahn: Dafür darf es keinen einzigen Cent aus dem Kreishaushalt geben!